



„Frieden – (nur) das ‚Geschäft des Krieges‘ beenden?“

Dr. Klaus Olshausen

Dezember 2025

Zusammenfassung

Rund um die russische Aggression reden heute viele vom Frieden – in vielerlei Varianten, Prozessen und Foren. Haupttenor ist oft: Das Töten muss/soll aufhören! Putin will die Ukraine unterjochen, hat bisher aber nur ca. 20% des Gebietes unter Kontrolle. Die Ukrainer hatten die Russen ziemlich schnell aus dem Norden und Nordosten vertrieben. Aber sie konnten den Osten und Süden nicht befreien. Trump will den Krieg schnell beenden und dafür dem Aggressor Zugeständnisse machen und dem Opfer deutliche Zumutungen auferlegen. Selenskyjs Friedensformel vom November 2022 und die eindeutigen VN-Resolutionen aus 2022 und 2023 werden gar nicht mehr erwähnt. Für die Ukraine sind bei jeder für sie ungünstigen Vereinbarung zu Gebieten verbindliche Sicherheitsgarantien entscheidend: „Wir werden die Ukraine ausrüsten und verteidigen“, muss die Koalition der Willigen einlösen.

Jede „Friedenslösung“, die das „Geschäft des Krieges beendet“, ohne den Aggressor zurückzuweisen, wird den Keim der Veränderung in sich tragen. Der erkennbare Wille der Menschen in der Ukraine, ihre Landsleute nicht im Stich zu lassen, wird fortwirken und eine Wiedervereinigung nicht aufgeben.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Seit mehreren Monaten werden die Worte Frieden, Friedensprozess oder Friedensplan, Friedensgespräche inflationär mit sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Inhalten, Vorstellungen und Forderungen in die Welt der Kommunikation hinausposaunt.

In der politischen, diplomatischen und medialen Erörterung und Präsentation der russischen Aggression gegen die Ukraine (und hybrid gegen das freie Europa) wird das „Ende des Tötens“ oder, wie der deutsche Schriftsteller, Philosoph, Publizist und Moderator Dr. Richard David Precht sagt, das „Ende der Schlachterei (in der Ukraine) auf beiden Seiten“, fast immer als Frieden bezeichnet.

Putin, der seinen Aggressionskrieg gerade wieder bei seiner Jahrespressekonferenz sarkastisch als „militärische Spezialoperation“ bezeichnet hat, nutzt „den Akt der Gewalt, um (zunächst) die Ukraine zur Erfüllung seines Willens zu zwingen“. Er muss erkennen, dass er seinen (völkerrechtswidrigen) politischen Zweck, die Ukraine zu unterjochen, auch nach fast vier Jahren brutalem Einsatz von Soldaten und Waffen (noch) nicht erreichen konnte.

Auf der anderen Seite konnte die Ukraine zwar das Überrennen ihres Territoriums über die derzeit besetzten Gebiete hinaus verhindern, aber trotz der allerdings oft späten und begrenzten Unterstützung der Staaten der EU, der NATO und der Partner seit der gescheiterten Gegenoffensive im Frühjahr und Sommer 2023 keine Fortschritte erreichen, Russland wirksam zurückzuweisen.

Seit seinem Amtsantritt steht für Präsident Donald Trump die Beendigung des Krieges in der Ukraine, den er bisher nie als russischen Angriffsrieg bezeichnet hat, im Vordergrund. Sein politischer Zweck, nach einem schnellen Ende des Krieges wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Russland neu zu gestalten und auszubauen und sein eher abschätziges Urteil über die Ukraine, bildeten den Hintergrund, dass in Washington ein 28-Punkte-Friedensplan in die Öffentlichkeit gelangte, der gespickt war mit vielen Zugeständnissen an Russland und noch mehr Zumutungen an die Ukraine.

Das musste als ein Jalta 2.0 eingeschätzt werden, in dem sich die USA vom westlichen Unterstützer der Ukraine zum Vermittler mit erheblicher Schlagseite zugunsten des Kremls bewegte. Die massive Kritik am 28-Punkte-Plan als ein Dokument der Kapitulation der Ukraine durch europäische Regierungen und dem Widerspruch der Ukraine hat auf westlicher Seite zu zahlreichen Aktivitäten europäischer Regierungen, der Ukraine und amerikanischer Vertreter geführt. Ohne dass inhaltliche Punkte im Einzelnen bekannt wurden, sei daraus ein 20-Punkte-Plan entstanden, der – so wird kolportiert – die größten Nachteile für das Opfer entfernt hat.

In dieser hektischen Betriebsamkeit, bloß schnell zu einem „Deal“ zu kommen, ist es augenöffnend, sich noch einmal an den Friedenkongress auf dem Bürgenstock in der Schweiz im Juni 2024 zu erinnern. Damals hatten über 80 Staaten sich mit den zehn Punkten der Friedensformel von Präsident Selenskyj befasst, die wesentliche und legale politische Ziele des Verteidigers zusammengefasst hat. Dort wurden zwei spezielle Resolutionen der VN-Generalversammlung von Anfang März 2022 und 2023 bekräftigt. Danach muss die Russische Föderation sofort die Gewaltanwendung gegen die Ukraine einstellen und dann unverzüglich alle militärischen Kräfte vom Territorium der Ukraine abziehen.

In den aktuellen Erörterungen zwischen den USA und Russland, aber auch in den Beiträgen der Europäer, wird darauf nicht nur nicht Bezug genommen, sondern in allen „Punkte-Papieren“ glaubt man offensichtlich, den Aggressor mit dem „Land-für-Frieden“-Ansatz für Konzessionen und zur Einstellung der Kampfhandlungen gewinnen zu können.



Bisher hält Putin die USA wie auch Europa hin. Das führt bei Trump, der ja andere Ziele mit Russland anstrebt, eher dazu, Druck auf Selenskyj als auf Putin zu verstärken. Dem können Europäer nur sehr bedingt entgegenwirken.

Um diese zumindest de-facto-Abtretung von Gebieten als eine durchaus länger hinnehmbare Übergangslösung zu rechtfertigen, werden manche Vergleiche herangezogen, die zeigen, wie wenig man die von Putin geschaffene und weiter vorangetriebene Russifizierung auf der Krim und den derzeit besetzten Gebieten zur Kenntnis nimmt.

Beiderseits der Demarkationslinie in Korea leben Koreaner, deren ethnische Identität von keinem Dritten unterdrückt wird, ähnliches gilt für die Demarkationslinie auf Zypern. Dem Fass den Boden schlägt der Vergleich mit der innerdeutschen Grenze aus. Russische Besetzung und dann quasi Beherrschung im Rahmen des Warschauer Paktes sind – wie man an der weitgehend russophilen Einstellung vieler ostdeutscher heute ablesen kann – sehr verschieden von den brutalen Maßnahmen gegen die ukrainische Identität in jeder Hinsicht. Jeder, der dem „Land-für-Frieden“-Ansatz in der Ferne der Ukraine zustimmt, sollte sich die Frage beantworten, ob er 20 % des eigenen Territoriums zur „Russifizierung“ abzugeben bereit wäre.

Für die Ukraine ist es entscheidend, dass sie bei jeder für sie absehbar ungünstigen Lösung, mit der das „Geschäft des Krieges“ beendet werden soll, eine Sicherheitsgarantie erhält, die nicht weniger stark ist als diejenige, die Trump für Taiwan in die Nationale Sicherheitsstrategie geschrieben hat.: „deterring a conflict over Taiwan is a priority“ und noch stärker: „...denying aggression anywhere in the First Island Chain“. Das sollte jeder einzelne Staat der Koalition der Willigen einzeln und gemeinsam versichern. „Wir werden die Ukraine aufrüsten und verteidigen“ sollte die Verpflichtung sein. Dass dies seit 2014 und vor dem Februar 2022 ausgeschlossen worden war, hat gewiss Putins Entschluss erleichtert, die Invasion zu beginnen.

Jede „Friedenslösung“, die das „Geschäft des Krieges“ zwar beendet, aber den Aggressor nicht zurückweist, wird den Keim der Veränderung in sich tragen. Und in keinem Fall sollten Sanktionen gegen Russland gelockert werden, solange sein Handeln im Gebiet der Ukraine die Identität und gleichberechtigtes Leben der ukrainischen Bevölkerung nicht gewährleistet. Denn der Wille aller Ukrainer, ihre Landsleute nicht im Stich zu lassen, wird in jedem Fall fortbestehen und jede Gelegenheit wahrnehmen, ihr Land mit friedlichen Mitteln wieder zu vereinigen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen